



Bozen, 20.10.2021

Bearbeitet von:  
Barbara Sabbatini  
Tel. 0471/417595  
barbara.sabbatini@provinz.bz.it

z. K.

An die Direktionen  
der Grundschulsprengel  
der Schulsprengel  
der Mittel- und Oberschulen

An die Schulgewerkschaften

**Rundschreiben Nr. 38 /2021****Streikregelung für das Lehrpersonal der Schulen staatlicher Art**

Sehr geehrte Frau Direktorin, sehr geehrter Herr Direktor,  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sekretariaten,

ich nehme Bezug auf die Mitteilung des Schulamtsleiters vom 28.03.2007 betreffend die Streikregelung (die diesem Rundschreiben beigelegt wird) und teile Ihnen mit, dass mit **Abkommen zwischen dem ARAN** (Agenzia per la rappresentanza negoziale delle Pubbliche amministrazioni) **und den Gewerkschaften vom 02. Dezember 2020 einige Neuerungen in Bezug auf die Streikregelung eingeführt worden sind.**

**Diese Neuerungen sind in den Artikeln 3 und 10 des beigelegten Abkommens enthalten.**

Insbesondere betreffen die Neuerungen, die durch dieses Abkommen eingeführt worden sind:

- a) den Abschluss eines Einvernehmensprotokolls (Artikel 3, Absatz 2 und 3);
- b) die Zeiten und das Verfahren für die Aufforderung an die Lehrpersonen, ihre Erklärungen über die Beteiligung am Streik mitzuteilen, sowie die Zeiten und das Verfahren für die Sammlung dieser Erklärungen (Artikel 3, Absatz 4 und 6);
- c) die Mitteilung an die Familien (Artikel 3, Absatz 5);
- d) einige Neuerungen in Bezug auf die Regeln, die im Falle eines Streiks zu beachten sind (Artikel 10, Absatz 1 bis Absatz 6);
- e) die Verpflichtungen nach dem Streik, welche der Bildungsdirektion obliegen (auf diese wird im gegenständlichen Rundschreiben nicht eingegangen).

**Was Punkt 1) der Neuerungen betrifft**, so sieht Artikel 3, Absatz 2 und 3 des Abkommens den **Abschluss eines neuen Einvernehmensprotokolls** zwischen der Schulführungskraft und den repräsentativen Gewerkschaften auf Landesebene vor. Dieses Einvernehmensprotokoll soll die Kontingente jener Lehrpersonen bestimmen, die zur Gewährleistung der unerlässlichen Dienste benötigt werden.

Im Schulbereich sind folgende unerlässliche Dienste zu gewährleisten (siehe Artikel 2, Absatz 2, Buchstabe A), a1), a2) und a3) des Abkommens):

- a) Durchführung von Prüfungen und Bewertungskonferenzen und der damit zusammenhängenden Tätigkeiten unter Berücksichtigung aller Abschlussprüfungen;
- b) Aufsicht über minderjährige Schüler/Schülerinnen bei der Schulausspeisung, sofern diese in Betrieb ist und soweit kein geeigneter Ersatz dieses Dienstes möglich ist;



- c) Aufsicht über die Schüler/Schülerinnen in den Schülerheimen, auch in den Nachtstunden.

Der Entwurf für ein dementsprechendes Einvernehmensprotokoll wird demnächst allen Schulen zur Verfügung gestellt (es folgt dazu auch die Veröffentlichung einer Mitteilung).

**Was Punkt 2) der Neuerungen betrifft** (Artikel 3, Absatz 4 und 6 des Abkommens), nämlich die Zeiten und das Verfahren für die Aufforderung an die Lehrpersonen, ihre Erklärungen über die Beteiligung am Streik mitzuteilen, sowie die Zeiten und das Verfahren für die Sammlung dieser Erklärungen, so sieht das Abkommen unterschiedliche Regelungen und Pflichten der Schulführungskräfte vor, je nachdem, ob die Lehrperson in das Kontingent zwecks Gewährleistung der unerlässlichen Dienste miteinbezogen worden ist oder nicht.

Sofern die Lehrperson in das Kontingent nicht miteinbezogen wurde – Artikel 3, Absatz 4 des Abkommens – sind die Aufgaben der Schulführungskräfte im Falle eines Streiks folgende:

- Anlässlich eines Streiks fordert die Schulführungskraft die Lehrpersonen auf, innerhalb des vierten Tages nach Bekanntgabe der Streikankündigung schriftlich, auch per E-Mail, mitzuteilen, ob sie beabsichtigen, sich am Streik zu beteiligen oder nicht oder noch keine diesbezügliche Entscheidung getroffen haben. Die Beteiligungserklärung (die freiwillig ist) gilt für die Zwecke des Abzuges des Gehaltes und ist unwiderruflich.

Sofern die Lehrperson hingegen in das Kontingent miteinbezogen wurde – Artikel 3, Absatz 6 des Abkommens – sind die Aufgaben der Schulführungskräfte im Falle eines Streiks folgende:

- Die Schulführungskräfte ermitteln (anlässlich eines jeden Streiks) - auch auf der Grundlage und infolge der gemäß Absatz 4 getätigten Mitteilung seitens des Lehrpersonals sich am Streik beteiligen oder nicht beteiligen zu wollen - die Namen der an ein und derselben Schule tätigen Lehrpersonen, welche in das Kontingent zur Gewährleistung der unerlässlichen Dienste einzubeziehen sind. Die Namen der ins Kontingent aufgenommenen Lehrpersonen werden den Betroffenen fünf Tage vor dem Streik mitgeteilt. Dieselben haben dann das Recht, innerhalb des darauffolgenden Tages die bereits erklärte Streikbeteiligung zu bestätigen, mit dem Antrag von einer anderen Lehrperson ersetzt zu werden. Dem Antrag, ersetzt zu werden, kann nur stattgegeben werden, sofern dies möglich ist. Die entsprechende Mitteilung (Annahme oder Ablehnung) seitens der Schulführungskraft muss innerhalb der darauffolgenden 24 Stunden den betroffenen Lehrpersonen zur Kenntnis gebracht werden.

Die Schulführungskräfte sind verpflichtet, die Daten bezüglich der Streikbeteiligung zu veröffentlichen, nachdem dieser stattgefunden hat, sowie der Bildungsdirektion die vollständige oder teilweise Schließung der Schuleinrichtung mitzuteilen, wenn sie stattgefunden hat, ausgedrückt in Zahlen bezüglich der Klassen.

**Das bedeutet also zusammenfassend**, dass die Erklärung der Streikbeteiligung, wie in Artikel 3, Absatz 4 des Abkommens vorgesehen, unwiderruflich ist.

Wenn jedoch eine Lehrperson in das Kontingent zur Gewährung der unerlässlichen Dienste miteinbezogen worden ist (Artikel 3, Absatz 6 des Abkommens), muss die Erklärung sich am Streik beteiligen zu wollen, ausdrücklich bestätigt werden (und eben ein Ersatz angefordert werden). In Ermangelung einer ausdrücklichen Bestätigung gilt die Erklärung sich am Streik zu beteiligen als widerrufen, was bedeutet, dass die Lehrperson zum Dienst erscheinen muss. Wenn dem Antrag auf Ersatz nicht stattgegeben werden kann (was in diesem Fall der Lehrperson mitzuteilen ist), besteht auch in diesem Fall die Pflicht zur Dienstleistung.

**Punkt 3) der Neuerungen (Mitteilung an die Familien)** sieht Folgendes vor (Artikel 3, Absatz 5 des Abkommens):

Die Schule teilt den Familien in geeigneter Form (z. B. Websites, E-Mail-Kommunikation, elektronisches Register) mindestens fünf Tage vor Beginn des Streiks folgende Informationen mit:

- a) die Angabe der Gewerkschaften, die den Streik ausgerufen haben,
- b) die Gründe für den Streik und
- c) die Liste der Dienste, die in jedem Fall garantiert werden und
- d) die Liste der Dienste, die auch auf der Grundlage der Mitteilungen gemäß Absatz 4 erbracht werden.



Was zuletzt die **Regeln** betrifft, **die im Falle eines Streiks zu beachten sind (Punkt 4) der Neuerungen**, so sind die in Artikel 10, von Absatz 1 bis Absatz 6 des Abkommens **vorgesehenen Neuerungen** folgende:

- a) Der Streik muss durch die Gewerkschaften mindestens **10 Tage** vor dem Streiktag angekündigt werden; in der Streikankündigung muss angegeben werden, ob es sich um einen ganztägigen Streik oder nur um einen Stundenstreik handelt und welche die Gründe für den Streik sind. Im Falle eines Widerrufs des Streiks, müssen die Schulen von den Gewerkschaften umgehend darüber in Kenntnis gesetzt werden; falls es sich um einen Stundenstreik handelt, muss aus der Streikankündigung ersichtlich sein, ob der Streik in der ersten oder der letzten Stunde stattfindet (Artikel 10, Absatz 1).
- b) In folgenden Zeiträumen dürfen keine Streiks ausgerufen werden (Artikel 10, Absatz 6, Buchstabe f):
  - vom 01. September bis zum 05. September und
  - in den drei aufeinanderfolgenden Tagen nach den Weihnachts- bzw. Osterferien.
- c) Nach einem Streik darf frühestens nach 12 Tagen wieder gestreikt werden (Artikel 10, Absatz 4, Buchstabe d).
- d) Bei einem Stundenstreik können nur die erste oder letzte Stunde des Unterrichts bestreikt werden; es muss angegeben werden, ob in der ersten oder letzten Stunde des Unterrichts gestreikt wird (Artikel 10, Absatz 6, Buchstabe b).
- e) Streiks dürfen die festgelegten Einschreibetermine der Schüler um nicht mehr als 3 Tage (Artikel 10, Absatz 6, Buchstabe c) und die Bewertungskonferenzen um nicht mehr als 5 Tage verzögern (Artikel 10, Absatz 6, Buchstabe d).

Es wird zuletzt darauf hingewiesen, dass die Mitteilung der Streikbeteiligung für das Lehrpersonal der Schulen staatlicher Art wie bisher über das „Outlook – Formular\_Streikmeldung“ vorzunehmen ist.

Ich ersuche Sie, dieses Rundschreiben den Lehrpersonen Ihrer Schule zur Kenntnis zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Abteilungsdirektor  
Stephan Tschigg  
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Anlagen:

- Mitteilung des Schulamtsleiters vom 28.03.2007 - Streikregelung
- Abkommen ARAN – Gewerkschaften vom 02. Dezember 2020
- Ministerialnote vom 13. Jänner 2021, Nr. 1275